

Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat**Legislaturrichtlinien 2013 - 2016; Schlussbericht**

Der Gemeinderat hat sich in seinen Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 das Ziel gesetzt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die Stadt Bern nachhaltig weiterzuentwickeln. Er hat dabei die folgenden vier Schwerpunkte definiert:

Bern ist das Zentrum für...

- Wohnen und Nachhaltigkeit
- Freizeit und Erlebnis
- Politik und Verwaltung
- Arbeit und Bildung

Der Grossteil der 26 prioritären Massnahmen, die den vier Schwerpunkten und 14 Zielen zugeordnet sind, konnten umgesetzt werden. Im Folgenden werden pro Schwerpunkt einige Entwicklungen festgehalten.

Wohnen und Nachhaltigkeit

Die Stadtberner Bevölkerung wächst weiterhin und immer mehr Menschen können von der hohen Lebensqualität in der Stadt profitieren. Für die Stadtentwicklung von besonderer Bedeutung ist die Zustimmung der Stimmberechtigten zu den Planungsvorlagen Viererfeld und Mittelfeld. Mit dem neuen Stadtquartier entsteht dringend benötigter Wohnraum und ein attraktiver Stadtteilpark auf einem ideal gelegenen und gut erschlossenen Areal. Mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept STEK 2016, dessen Verabschiedung Ende Legislatur vorgesehen ist, werden zudem die Grundlagen der zukünftigen Entwicklung der Wohn- und Arbeitsstadt Bern geschaffen.

Freizeit und Erlebnis

Durch die verschiedenen lancierten und zum Teil bereits umgesetzten Zwischennutzungen (Feuerwehrkaserne, Warmbächliweg, Egelsee) hat die Stadt Bern neuen Schwung erhalten und zusätzlich an Attraktivität gewonnen. Die neue 50m-Schwimmhalle konnte mit dem Standortentscheid von Ende Juni 2016 eine entscheidende Hürde nehmen. In den nächsten Monaten geht es darum, das Projekt für eine Schwimmhalle im Neufeld weiter voranzutreiben und dem Stadtrat den Projektierungskreditantrag vorzulegen.

Politik und Verwaltung

Die Hauptstadtregion Schweiz - und somit die Stadt Bern als deren Mittelpunkt - ist das politische Zentrum der Schweiz. Die Stadt Bern arbeitet auch in dieser Legislatur aktiv in den Gremien und Projekten der Hauptstadtregion mit und trägt so dazu bei, den Status als Politzentrum zu festigen. In dieser Legislatur wurde die kantonalbernerische Städteallianz - vertreten sind die Stadtpräsidenten der sechs grössten Städte im Kanton Bern - initiiert; sie erlaubt es, urbane Anliegen auf kantonaler - oder ausnahmsweise auch nationaler - Ebene gemeinsam anzugehen.

Arbeit und Bildung

Mit der Annahme der neuen Überbauungsordnung für das Inselareal durch die Stimmberechtigten wurden wichtige Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Inselareals und somit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geschaffen. WankdorfCity, ein weiterer wichtiger Arbeitsplatzstand-

ort in der Stadt Bern, kann sich dank der Zustimmung der Stimmberechtigten zur Abgabe von drei weiteren Baufeldern ebenfalls wie gewünscht weiterentwickeln.

Die Stadt Bern verfügt über ein gut ausgebautes, flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder zwischen 0 und 16 Jahren. In dieser Legislatur wurde das System der Betreuungsgutscheine in der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgreich eingeführt. Zudem konnte das Angebot für die Kinderbetreuung für Schulkinder während den Schulferien wesentlich verbessert werden.

Der vorliegende Schlussbericht zieht lediglich Bilanz über die in den Legislaturrichtlinien formulierten Ziele und prioritären Massnahmen. In den Schlussbericht wurden die Entwicklungen bis Ende Juni 2016 aufgenommen. Informationen zur Erfüllung der weiteren Aufgaben und Projekte sind den jeweiligen Jahresberichten zu entnehmen.

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat den Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 im Sinne von Artikel 95 der Gemeindeordnung zur Kenntnisnahme.

Planungserklärung

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 14. November 2013 (SRB 2013-445) folgende Planungserklärung zu den Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 verabschiedet:

Seite 12, Regionale Zusammenarbeit: „Die Stadt setzt sich für eine breitere demokratische Abstützung der Regionalkonferenz und für transparente Ausdrucksmöglichkeiten unterschiedlicher Meinungen innerhalb der Regionalkonferenz-Gemeinden ein.“

Bis anhin hat der Stadtpräsident die Agglomerationskommission regelmässig über die Traktanden der Regionalversammlung orientiert, damit die Kommission über die Inhalte und kommenden Geschäfte der RKBM informiert ist. Da die Frage der Konsultation der Gemeindeparlamente auch andernorts, so etwa in der Gemeinde Köniz, ein Thema war, hat die Geschäftsleitung der RKBM im Dezember 2015 eine Weisung erlassen, welche den Einbezug der Parlamente bei wichtigen Vorhaben (z.B. RGSK, Kulturverträge) regelt. Neu sollen auch die Gemeindeparlamente zur Stellungnahme bei wichtigen Vorhaben eingeladen werden. Der Stadtrat respektive die AKO prüft nun die Umsetzung dieser Weisung auf Stadtebene und hat eine entsprechende Änderung des Geschäftsreglements des Stadtrats ins Auge gefasst. Zudem führt der Kanton 2016 eine SARZ-Evaluation durch. Bei dieser Überprüfung der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) wird es darum gehen, Perimeter- und Finanzierungsfragen rund um die Regionalkonferenzen zu durchleuchten.

Der Gemeinderat erachtet die Planungserklärung somit als erfüllt.

Antrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 des Gemeinderats.

Bern, 17. August 2016

Der Gemeinderat

Beilage

Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2013-2016



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof
Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8

T 031 321 62 10
F 031 321 60 10
E stadtkanzlei@bern.ch

Vorwort

Der Gemeinderat blickt auf eine facettenreiche und spannende Legislatur zurück. Die Bevölkerung wächst und die Dynamik ist nach wie vor hoch. Gemäss Bevölkerungsbefragung 2015 sind über 80 Prozent der Bernerinnen und Berner mit ihrer Lebensqualität zufrieden.

Trotz des Neins zum Tram Region Bern in Ostermündigen und Köniz werden die Quartierplätze Breitenrainplatz und Eigerplatz saniert und aufgewertet. Die Zustimmung der Stimmberechtigten zu den Wohnbauvorlagen Vierer- und Mittelfeld hat zudem gezeigt, dass die Wohnbaupolitik des Gemeinderates auf Akzeptanz stösst. Mit dem neuen Stadtquartier entstehen dringend benötigter Wohnraum und ein attraktiver Stadtteilpark auf einem ideal erschlossenen Areal. Da sich die Stadt Bern auch weiterhin ausgewogen, ganzheitlich und nachhaltig entwickeln soll, wurde in dieser Legislatur ein neues Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, das voraussichtlich Ende 2016 vom Gemeinderat verabschiedet wird.

Die Stadt Bern konnte in dieser Legislatur ihre Rolle als Hauptstadt weiter stärken. Mit der Initiierung einer kantonalbernischen Städteallianz wurde zudem die Zusammenarbeit bei urbanen Anliegen und das gegenseitige Verständnis auf kantonaler Ebene verbessert.

Die Legislatur hat aber auch gezeigt, dass einzelne Projekte und Vorhaben länger brauchen als zu Beginn der Legislatur angenommen. Der Bau von 200 Genossenschaftswohnungen verzögert sich. Beim Projekt für die 50m-Schwimmbad konnte mit dem Standortentscheid ein wichtiges Teilziel erreicht werden. Der Gemeinderat will das Bauprojekt nun rasch vorantreiben.

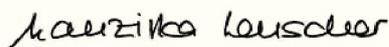
Zu Beginn der Legislatur hat der Gemeinderat die folgenden vier Schwerpunkte definiert:

Bern ist das Zentrum für...

- Wohnen und Nachhaltigkeit
- Freizeit und Erlebnis
- Politik und Verwaltung
- Arbeit und Bildung



Alexander Tschäppät,
Stadtpräsident



Franziska Leusser,
Direktorin für Bildung
Soziales und Sport



Reto Nause,
Direktor für Sicherheit
Umwelt und Energie



Ursula Wyss,
Direktorin für Tiefbau
Verkehr und Stadtgrün



Alexandre Schmidt,
Direktor für Finanzen
Personal und Informatik

Der Gemeinderat hat sich mit den Zielen und den prioritären Massnahmen pro Schwerpunkt auf das Machbare beschränkt. Dass die Jahresrechnungen 2013, 2014 und 2015 mit einem Überschuss von insgesamt rund 112 Mio. Franken abschlossen, ist auf die konsequente Ausgabenpolitik und auf steigende Steuer- und Finanzerträge zurückzuführen. Die Überschüsse wurden in Spezialfinanzierungen für den Primatwechsel bei der Pensionskasse und für die Investition in Eis- und Wasseranlagen sowie in die Spezialfinanzierung Schulbauten eingelegt. Gleichzeitig wurden Schulden in der Höhe von 100 Mio. Franken abgebaut. Das durchschnittlich realisierte Investitionsvolumen im Hochbau pro Jahr wurde gegenüber der letzten Legislatur mehr als verdoppelt (39,6 Mio. zu 83,5 Mio. Franken). Der Sanierungsrückstand und die nötigen Neuinvestitionen im Hochbau werden den städtischen Finanzhaushalt in den kommenden Jahren noch genügend strapazieren.

Der Schlussbericht zieht Bilanz über die Ziele und Massnahmen der Legislaturrichtlinien 2013-2016. Massgeblich waren die Entwicklungen bis Ende Juni 2016.

Neben den Legislaturzielen hat der Gemeinderat zahlreiche weitere Projekte und Vorhaben lanciert, bearbeitet oder realisiert, die in diesem Bericht nicht weiter Erwähnung finden.

An dieser Stelle bedankt sich der Gemeinderat bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und den zahlreichen Partnerinnen und Partnern der Stadt für ihren Einsatz. Nur dank dem Zusammenspiel und der Kooperation aller Beteiligten ist Bern eine der lebenswertesten Städte der Welt.

Bern, im August 2016

Der Gemeinderat der Stadt Bern

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
<hr/>	
1 Bern als Zentrum für Wohnen und Nachhaltigkeit	5
<hr/>	
2 Bern als Zentrum für Freizeit und Erlebnis	10
<hr/>	
3 Bern als Zentrum für Politik und Verwaltung	13
<hr/>	
4 Bern als Zentrum für Arbeit und Bildung	17
<hr/>	

1 Bern als Zentrum für Wohnen und Nachhaltigkeit

Wohnungsbau fördern

Ziel	
Für weitere 5000 Einwohnerinnen und Einwohner mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen steht ein angemessenes Wohnungsangebot zur Verfügung oder die planerischen Voraussetzungen hierzu werden geschaffen.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Das Stadtentwicklungskonzept STEK 2015 ist verabschiedet.	Auf Zielkurs; Mitwirkung im Herbst 2016 und Verabschiedung durch Gemeinderat Ende Jahr vorgesehen
Das Viererfeld/Mittelfeld ist eingezont.	✓
200 Genossenschaftswohnungen sind im Bau.	Auf Zielkurs; Voraussetzungen für hohen Anteil Genossenschaftswohnungen sind geschaffen (Vierer-/Mittelfeld, Warmbächliweg, Burgernziel, Mutachstrasse, Reichenbachstrasse); Umsetzung hat sich aber teilweise verzögert

Die Stadt Bern ist eine attraktive Wohnstadt. Der Gemeinderat hat sich auch in dieser Legislatur zum Ziel gesetzt, den Wohnungsbau zu fördern und somit weiteren Personen das Leben in der Stadt zu ermöglichen. Das Leben in der Stadt mit den kurzen Wegen begünstigt einen nachhaltigen Lebensstil. Die steigenden Bevölkerungszahlen bestätigen den Gemeinderat in seinem Kurs.

Die Bevölkerungszahl stieg in dieser Legislatur auf über 140 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Bern zählte in den frühen 1980er-Jahren letztmals so viele Einwohnerinnen und Einwohner. Und das Bevölkerungswachstum hält weiter an: Ende Juni 2016 wohnten 141 049 Menschen in Bern. Ein Grund für das Bevölkerungswachstum liegt in der Wohnbautätigkeit der letzten Jahre. Seit Beginn der Legislatur bis Ende Juni 2016 stieg der Wohnungsbestand um 1173 Wohnungen. Im Herbst 2016 werden die ersten Mieter- und Mieterinnen in die neue Wohnüberbauung Stöckacker Süd einziehen. Sie werden in einem Pionierprojekt bezüglich Energieeffizienz sowie ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit ihr neues Zuhause finden, das weitestgehend hindernisfrei ausgestaltet ist und spezifische Alterswohnungen umfasst.

Die Voraussetzungen für mehr als 700 gemeinnützige Wohnungen wurden mit der Planung Viererfeld/Mittelfeld, mit dem Wohnbauprojekt Tramdepot Burgernziel oder der laufenden Planung Reichenbachstrasse geschaffen. Weil sich mehrere städtische Wohnbauprojekte verzögerten, konnte mit dem Bau neuer Genossenschaftswohnungen noch nicht begonnen werden. Beim Wohnbauprojekt Warmbächliweg beispielsweise führten die Verhandlungen mit den potentiellen Wohnbaugenossenschaften zu Verzögerungen, sodass die Baurechte für die sechs zur Verfügung stehenden Baufelder erst anfangs Juli 2016 an sechs Wohnbaugenossenschaften vergeben werden konnten.

Dem Gemeinderat wird es auch weiterhin ein Anliegen sein, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. In diesem Bereich zukunftsweisend für die Stadt wird das neue Stadtquartier Viererfeld/Mittelfeld. Auf dem Areal soll ein ökologisch nachhaltiges Quartier mit einem Anteil von 50 Prozent gemeinnützigen Wohnbauträgern für rund 3000 Menschen geschaffen werden.

Die Planungsvorlage Reichenbachstrasse wurde im Juni 2016 vom Stadtrat zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet. Vorgesehen ist, dass der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik rund 100 gemeinnützige Wohnungen erstellt. Mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept STEK 2016, dessen Verabschiedung Ende Legislatur vorgesehen ist, werden die Grundlagen der zukünftigen Entwicklung der Wohn- und Arbeitsstadt Bern geschaffen. Gemäss Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 sind Stadterweiterungen im Westen und im Osten Berns weiterzuverfolgen; nur so wird es möglich sein, langfristig zusätzlichen Wohnraum für weitere 14 000 Einwohnerinnen und Einwohner bereitzustellen.

**Wohnumfeld
attraktivieren**

Ziel	
Das Wohnumfeld wird weiter attraktiviert.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Ein Teil des Bremgartenfriedhofs wird in einen Quartierpark umgewandelt.	Auf Zielkurs; Mitwirkung für Herbst 2016 und Verabschiedung durch Gemeinderat Ende 2016 vorgesehen
30 städtische Spielplätze sind saniert, aufgewertet und den neuesten Standards angepasst.	✓ 30 städtische Spielplätze inkl. Marzilibad (bis Ende 2016 werden es 32 Spielplätze sein)
Pro Schulkreis werden ein geeigneter (Schulhaus-)Platz sowie dazu gehörende Sportanlagen als Treffpunkte für Jugendliche definiert.	Ziel nicht erreicht; Massnahme wird in der bestehenden Definition nicht weiterverfolgt

Das Wohnumfeld spielt für die Lebensqualität der Bevölkerung eine zentrale Rolle. Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Wohnumfelds ist dem Gemeinderat deshalb ein wichtiges Anliegen. So konnte trotz der Ablehnung der Kreditvorlage zum Tram Region Bern in Köniz und Ostermundigen die Neugestaltung und Sanierung von zwei zentralen Quartierplätzen, dem Breitenrain und dem Eigerplatz, angegangen werden. Die Bauarbeiten für den Eigerplatz laufen bereits und werden voraussichtlich im Sommer 2017 abgeschlossen. Weiter entsteht im Stadtteil III ein neuer Quartierpark. Der südlichste Teil des Bremgartenfriedhofs einschliesslich des Gärtnereiareals wird zu einem Quartierpark umgestaltet und bis im Frühling 2017 fertiggestellt. Einen wichtigen Beitrag zur Attraktivierung des Wohnumfeldes leisten seit Jahren auch die neuen Begegnungszonen sowie die Einführung von Tempo 30 auf verschiedenen Quartierstrassen. Die Begegnungszonen erhöhen die Verkehrssicherheit und ermöglichen das Nebeneinander von spielenden Kindern, Autos, Velos – kurz: gelebte Nachbarschaft.

Mittlerweile verfügt die Stadt Bern über 95 Begegnungszonen und ist somit Spitzenreiterin unter den Schweizer Städten. Im Mai 2016 konnte im Burgfeld die Eröffnung der ersten grossflächigen Begegnungszone der Schweiz, die mehrere Strassenzüge beinhaltet, gefeiert werden, die nächste ist für Herbst 2016 im Breitfeldquartier vorgesehen. Es wurden zahlreiche Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulhäusern und Kindergärten umgesetzt und im Herbst 2016 wird zum Thema Verkehrssicherheit im Schulumfeld eine städtische Sensibilisierungskampagne lanciert. Weiter wurden 30 städtische Spielplätze saniert, aufgewertet und den neuesten Standards angepasst. Die Realisierung von Treffpunkten für Jugendliche auf (Schulhaus-)Plätzen gestaltet sich schwierig. Jugendliche und junge Erwachsene lassen sich keine Treffpunkte zuweisen, sondern wollen diese immer wieder frei bestimmen. Zudem gibt es unterschiedliche Interessen zwischen Anwohnerschaft, Schulleitungen und Hauswirtschaft. Zwei Pilotversuche sind gescheitert, derzeit finden Abklärungen für ein Pilotprojekt unter angepassten Rahmenbedingungen beim Schulstandort Breitfeld statt.

Die Berner Quartierarbeit ist zeitgemäss aufgestellt. Über die zweijährigen Leistungsverträge mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (vbg) können die Ziele stets den aktuellen Begebenheiten angepasst werden. Diese regeln die Eckwerte einer zeitgemässen Quartierarbeit, die dem Zusammenhalt und der Steigerung der Lebensqualität in den Quartieren dient.

Öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr fördern

Ziel	
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs nimmt zu; der CO ₂ -Ausstoss sinkt weiter.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Die Velowegverbindungen sind optimiert und zusätzliche 1000 Veloabstellplätze rund um den Bahnhof geschaffen.	✓ Die Optimierung der Velowegverbindungen werden laufend weitergeführt
Die Bauarbeiten für Tram Region Bern haben begonnen und die Projektierung für die zweite Tramachse läuft.	Ziel nicht erreicht; Kreditvorlage wurde 2014 in den Gemeinden Köniz und Ostermundigen abgelehnt, neues Projekt Tram Bern Ostermundigen in Vorbereitung, Umsetzung zweite Tramachse in Zusammenhang mit Ergebnissen ZMB Wyler-Länggasse zu prüfen.

Es ist seit langem erklärtes Ziel des Gemeinderats, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr zu fördern. Nur so kann die starke Verkehrszunahme aufgefangen und langfristig die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs verhindert werden. Die Velo-Offensive – Steigerung des Veloanteils am Gesamtverkehr von heute rund 11 auf 20 Prozent bis 2030 –, die der Gemeinderat in dieser Legislatur lanciert hat, soll massgeblich zu einer weiterhin hohen Lebensqualität in Bern beitragen. Die Velo-Offensive umfasst eine Vielfalt an Massnahmen. Dazu zählen Grossprojekte wie die Fuss- und Velobrücke zwischen den Quartieren Breitenrain und Länggasse sowie die Velostation Schanzenpost, die im März 2016 eröffnet wurde und 1000 Veloabstellplätze umfasst. Weitere zusätzliche Veloabstellplätze konnten geschaffen werden (Burgerspital, Bubenbergplatz, Bollwerk, Bundesgasse sowie Wallgasse). Ein wichtiges Projekt ist zudem die Velohauptroute Wankdorf, die im Juni 2016 fertiggestellt wurde. Hierbei handelt es sich um die erste von mehreren Velohauptroutes, welche künftig sichere und rasche Verbindungen aus den Aussenquartieren ins Zentrum der Stadt, aber auch zwischen den verschiedenen Quartieren ermöglichen werden. In der Legislatur wurden aber auch verschiedene kleinere Massnahmen zur Verbesserung der Veloverbindungen umgesetzt. Die enge und gefährliche Könizstrasse zwischen Loryplatz und Kreuzung Weissensteinstrasse konnte beispielsweise zur Kernfahrbahn ummarkiert werden, die beidseitig über Velostreifen verfügt. Weiter stehen seit Juni 2016 an neun Standorten kostenlos öffentliche Velopumpen zur Verfügung. Die Stadt hat den Auftrag zum Aufbau und Betrieb eines Veloverleihsystems, bei welchem Velos direkt an einer frei wählbaren Station ausgeliehen und zurückgebracht werden können, an eine private Anbieterin erteilt. Das Projekt ist momentan jedoch durch einen Rekurs blockiert.

Die Kreditvorlage zum Tram Region Bern fand zwar mit 61 Prozent grosse Zustimmung bei der Stimmbevölkerung der Stadt Bern, scheiterte jedoch in den Gemeinden Köniz und Ostermundigen. Unterdessen hat aber Ostermundigen dem Gegenvorschlag zur Initiative «Bernstrasse sanieren – Verkehr optimieren» zugestimmt, womit der Weg für ein neues Tramprojekt zwischen Bern und Ostermundigen offen ist. Der Kanton, Bern und Ostermundigen haben sich Ende Juni 2016 darauf geeinigt, hierzu ein gemeinsames Projekt zu starten. Die Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) öV Wyler-Länggasse wird voraussichtlich Ende Legislatur abgeschlossen. In welcher Form das Vorhaben einer zweiten Tramachse weiter verfolgt wird, ist im Anschluss daran zu prüfen.

Ein Grossprojekt, das die Stadt Bern noch lange beschäftigen wird, ist das Projekt Zukunft Bahnhof Bern und damit die Verkehrs- und Gestaltungslösungen im Umfeld des Bahnhofs. Im Frühling 2016 hat der Stadtrat einer Erhöhung des Projektierungskredits für den neuen Zugang Bubenberg und für die Verkehrsmassnahmen im ersten Ausbauschnitt zugestimmt.

Energiewende umsetzen

Ziel	
Die Energiewende wird zielstrebig umgesetzt.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Grün- und Speiseabfälle werden gesammelt und für die Energiegewinnung verwendet.	✓
Der Energierichtplan ist in Kraft und 10 Wärmeverbunde sind realisiert.	Ziel teilweise erreicht; Energierichtplan seit 2014 in Kraft, Realisierung der Wärmeverbunde wird weiterverfolgt
Das Label Energiestadt-Gold ist bestätigt.	✓

Der Energierichtplan wurde vom Gemeinderat per 1. November 2014 in Kraft gesetzt. Die Energie- und Klimastrategie, welche die Ziele des Richtplans auf einen Zeithorizont von 10 Jahren herunterbricht, konnte im Mai 2015 vom Gemeinderat verabschiedet werden. 2015 wurde die Stadt Bern für ihre konsequente Klima- und Energiepolitik bereits zum zweiten Mal mit dem Label Energiestadt Gold ausgezeichnet. Mit dem Start der Sammlung der Grün- und Speiseabfälle Anfang 2015 zur Energiegewinnung konnte eine weitere prioritäre Massnahme des Gemeinderats zur Umsetzung der Energiewende realisiert werden.

Energie kommt vermehrt auch von Schulhausdächern: Bereits realisiert oder geplant sind Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Volksschulen Brünnen, Wankdorf, Manuel, Stapfenacker und der Basisstufen Baumgarten, Sulgenbach und Depotstrasse. Zudem konnte im Herbst 2015 der Entsorgungshof Schermen in Betrieb genommen werden. Der Entsorgungshof wurde nach Minergie-P-Standard gebaut. Er verbessert das Angebot zur nachhaltigen Abfallentsorgung in der Stadt Bern.

Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der städtischen Energie- und Klimaziele leistete BERNMOBIL mit der Beschaffung von 21 Hybrid-Gelenkbussen als Ersatz der 22 Diesel-Gelenkbusse. Ab Oktober 2016 wird in Bern die grösste Hybrid-Gelenkbusflotte der Schweiz verkehren. Über 20 Prozent weniger Treibstoffverbrauch, ein reduzierter Ausstoss von CO₂ und anderen Schadstoffen sowie deutlich weniger Lärm bedeuten mehr Lebensqualität für die Bevölkerung der Stadt Bern und der umliegenden Gemeinden. Bei der Neubeschaffung von Personenwagen für die Stadtverwaltung hat der Gemeinderat zudem einen maximalen CO₂-Ausstoss von 95 g/km festgelegt.

Die Revision der Bauordnung wurde aufgeschoben, bis das STEK 2016 verabschiedet wird. Entsprechend wird die Revision in die neue Legislatur fallen. Es ist aber weiterhin das Ziel des Gemeinderats, dass die Revision der Bauordnung so aufgegleist wird, dass bei Neubauten die Wahl des Energieträgers nach der Priorisierung des Energierichtplans erfolgt.

Bei der Umsetzung der Energiewende ist die Stadt auf unterschiedliche Partner und Partnerinnen und vor allem auf die Einwohnerinnen und Einwohner angewiesen. Mit der Anreicherung des Standardprodukts ewb.NATUR.Strom mit drei Prozent Solarstrom leistet Energie Wasser Bern einen Beitrag an die Umsetzung der städtischen Energiestrategie.

2 Bern als Zentrum für Freizeit und Erlebnis

Innenstadt attraktivieren

Ziel	
Eine attraktive Innenstadt bietet Begegnungsmöglichkeiten für alle.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Touristinnen und Touristen, die in Bern übernachten, erhalten ein Mobility-Ticket zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Verkehrs.	✓
Das Nachtlebenkonzept ist in Kraft und teilweise umgesetzt.	✓

Die Berner Innenstadt ist touristisch von unschätzbarem Wert. Mit der Durchführung der ersten nationalen Welterbetage im Juni 2016 konnte die Stadt Bern ihre Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe für ein breites Publikum in Szene setzen. Die Innenstadt ist aber auch für Bernerinnen und Berner ein wichtiger Treffpunkt und Begegnungsort. Um beispielsweise die Aufenthaltsqualität auf dem Münsterplatz zu verbessern, stehen auf dem Platz seit Mai 2016 versuchsweise Stühle und Tischchen zur freien Verfügung.

Mit der Einführung des Bern-Tickets im Juni 2014 hat die Tourismusstadt Bern an zusätzlicher Attraktivität gewonnen. Mit dem Ticket können die Besucherinnen und Besucher, die in Bern übernachten, von einem Tages-Liberoabonnement profitieren. Zudem unterstützt der Gemeinderat nach wie vor die Bestrebungen von privater Seite, in der Schönburg, dem ehemaligen Hauptsitz der Post, und in WankdorfCity je ein neues Dreisternhotel zu realisieren und damit dringend nötige Hotelbetten zu schaffen.

Der öffentliche Raum in der Stadt und vor allem in der Innenstadt wird vielfältig genutzt. Er dient kommerziellen wie auch Erholungs- und Freizeitwecken. Nutzungskonflikte besonders auch nachts sind vorprogrammiert. Mit der Erarbeitung des Konzepts Nachtleben hat der Gemeinderat zu Beginn der Legislatur aufgezeigt, wie er das Nachtleben in der Stadt Bern verbessern möchte. Gegen Ende der Legislatur sind insbesondere die kurzfristigen Massnahmen umgesetzt und die mittel- und langfristigen Massnahmen sind auf Kurs. Um die Umsetzung der langfristigen Massnahmen gewährleisten zu können, sind jedoch auf kantonaler und nationaler Ebene Gesetzesänderungen nötig.

Freizeit- und Erlebnisangebot ausbauen

Ziel	
Das Freizeit- und Erlebnisangebot entspricht den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Die Aare-Achse (Aareweg zwischen dem Bärenpark und dem Dählhölzli) ist attraktiviert.	Ziel nicht erreicht, Projekt verzögert sich
Das Bauprojekt für die 50m-Schwimmhalle liegt vor.	Ziel noch nicht erreicht, Standortentscheid ist gefällt und der Antrag für den Projektierungskredit ist in Erarbeitung
Die Zwischennutzungen von Bauparzellen und Brachflächen durch Anwohnende und Interessengruppen werden gefördert.	✓

Die Stadt Bern bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Besucherinnen und Besuchern ein vielfältiges Freizeit- und Erlebnisangebot, so zum Beispiel attraktive Naherholungsgebiete, Frei- und Hallenbäder, öffentlich zugängliche Parks und Grünanlagen, ein ausgebautes Netz an Spielplätzen, regional und national bedeutende Museen, den Tierpark oder den Bärenpark. Im Oktober 2015 konnte nach langer Planungsphase der Schräglift im Bärenpark eröffnet werden. Nun ist der Bärenpark für alle Menschen zugänglich. Die Umgestaltung und Aufwertung der Fusswegverbindung Bärenpark - Schwellenmätteli in eine hindernisfreie Verbindung wird in die nächste Legislatur fallen. Die Verzögerung gründet im Übergang der Unterhaltspflicht des Aareufers von der Stadt auf den Kanton per Anfang 2015 und dem damit verbundenen geänderten Bewilligungsverfahren. Im Bereich der Parks und Grünanlagen konnte beispielsweise die Grosse Allmend teilsaniert werden und mit der Fertigstellung des Kinderateliers konnte der erste Teil des Generationenparks im Biengut eröffnet werden.

Auch durch die vielfältigen Zwischennutzungen, die in dieser Legislatur realisiert oder initiiert (z.B. Warmbächli, Egelsee) wurden, wird das Erlebnis- und Freizeitangebot in der Stadt Bern temporär ausgebaut. Die bekannteste Zwischennutzung ist wohl die ehemalige Feuerwehrkaserne an der Viktoriastrasse, wo unter anderem ein Restaurant, eine Kaffeerösterei und ein Asylzentrum untergebracht sind. Im Rahmen von Zwischennutzungen wurden auch verschiedene Angebote für Urban Gardening oder Abenteuerspielplätze ermöglicht.

Um die Zwischennutzung von Bauparzellen und Brachflächen durch Anwohnerinnen und Anwohner sowie Interessengruppen zu fördern, wurde auf Januar 2016 die Koordinationsstelle für Zwischennutzungen geschaffen. Sie koordiniert und vermittelt zwischen den Anbietenden von städtischen und privaten Zwischennutzungsflächen und -gebäuden und möglichen Nutzenden.

Zwischennutzungen spielen auch im Asylbereich eine wichtige Rolle. In dieser Legislatur wurden verschiedene Liegenschaften (Zieglerspital, Reichenbachstrasse, vereinzelt Wohnungen aus dem Bestand des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik) für den Asylbereich umgenutzt.

Das Sport- und Bewegungskonzept hat sich in dieser Legislatur etabliert und diverse Massnahmen wie beispielsweise der Bremerloop, der Outdoor-Fitness-Park Marzili oder verschiedene Pumptracks konnten realisiert werden. Mit dem Einbau von Kunstrasen auf den Sportplätzen Spitalacker und Wyler sowie den zwei neuen Kunstrasenfeldern auf der Allmend wurden dringend benötigte Kapazitäten geschaffen.

Weiter hat der Gemeinderat die «Eisstrategie der Stadt Bern» verabschiedet und mit der Äufnung der Spezialfinanzierung zur Vorfinanzierung von Investitionen in städtischen Eis- und Wasseranlagen die Grundlage geschaffen, damit dem hohen Sanierungsbedarf in diesem Bereich begegnet werden kann.

Dank der Erneuerung der Schwimmbadtechnik im Schwimmbad Hirschengraben 2015 ist der Betrieb des Hallenbades für weitere 10 Jahre sichergestellt. Die neue 50m-Schwimmhalle, deren Realisierung mit dem JA zur Initiative für ein zusätzliches Hallenbad in der Stadt Bern (Abstimmung vom 15. November 2015) Aufnahme in die Gemeindeordnung gefunden hat, konnte mit dem Standortentscheid von Ende Juni eine entscheidende Hürde nehmen. In den nächsten Monaten geht es darum, das Projekt für eine Schwimmhalle im Neufeld weiter voranzutreiben und dem Stadtrat den Projektierungskreditantrag vorzulegen. Die angenommene Initiative setzt eine Frist von 5 Jahren für die Realisierung einer Schwimmhalle. Die dringend benötigte gedeckte Wasserfläche soll so rasch als möglich zur Verfügung stehen.

Events ermöglichen

Ziel	
Bern wird als Tourismusstadt und als Zentrum für Events attraktiviert.	
Prioritäre Massnahme	Stand Juni 2016
Der Standort für die Eventhalle ist geklärt.	✓

Im Jahr 2015 wurden in der Stadt Bern 435 728 Gästeankünfte registriert. Das sind so viele wie noch nie. Die Gäste verbrachten 714 258 Nächte in Bern. Zum Erfolg der Tourismusstadt Bern tragen neben dem Tourismusmarketing und der attraktiven Innenstadt auch Events wie beispielsweise der Swiss Energy & Climate Summit (SwissECS) bei. Um die Position der Stadt als drittgrösster Event- und Messestandort der Schweiz zu festigen, unterstützt der Gemeinderat das Projekt «BElive-Center» der BERNEXPO GROUPE: Eine neue multifunktionale Konzert-, Kongress- und Eventhalle mit Platz für bis zu 9000 Besucherinnen und Besucher soll die alte Festhalle ersetzen und den Messeplatz Bern weiter aufwerten.

Der Gemeinderat möchte den Jugendlichen ein Freizeit- und Ausgangsangebot bieten, das altersgerecht und attraktiv ist; deshalb wird in den ehemaligen Räumlichkeiten der Sanitätspolizei ein neuer Jugendraum entstehen und die Skateranlage auf der Schützenmatte ergänzt das Freizeit- und Ausgangsangebot für Jugendliche. Das Midnight-Projekt, welches Jugendlichen am Samstagabend ermöglicht, in der Turnhalle Tscharnergut Sport zu treiben, wurde auch in dieser Legislatur weitergeführt.

Die Stadt Bern zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturangebot aus. Der Gemeinderat hat in dieser Legislatur einen neuen Kredit «Hauptstadtkultur» zur Förderung besonders bedeutender Kulturprojekte geschaffen. Von gesamtstädtischer Bedeutung im Kulturbereich fallen in diese Legislatur die Arbeiten an der neuen Kulturstrategie. Der Gemeinderat wird die neue Kulturstrategie voraussichtlich im Herbst 2016 verabschieden. Die Sanierung des Stadttheaters kann nicht, wie ursprünglich geplant, bis Ende Legislatur abgeschlossen werden. Mit dem temporären «Theaterkubus» auf dem Waisenhausplatz konnte jedoch eine attraktive Ersatzspielstätte realisiert werden.

3 Bern als Zentrum für Politik und Verwaltung

Politzentrum festigen

Ziel	
Die Stadt Bern baut ihre Stellung als Politzentrum der Schweiz aus.	
Prioritäre Massnahme	Stand Juni 2016
Die Stadt Bern hat ihren Status als Hauptstadt gefestigt und arbeitet aktiv im Verein Hauptstadtregion Schweiz mit.	✓

Die Hauptstadtregion Schweiz – und somit die Stadt Bern als deren Mittelpunkt – ist das politische Zentrum der Schweiz. Die Stadt Bern arbeitet auch in dieser Legislatur aktiv in den Gremien und Projekten der Hauptstadtregion mit und trägt so dazu bei, den Status als Politzentrum zu festigen. Neben dem nationalen Parlament und der Verwaltung sind auch verschiedene Bundesbetriebe in Bern und der Hauptstadtregion angesiedelt. Durch Kontaktpflege und Projekte, die gemeinsam mit Infrastrukturunternehmen der öffentlichen Hand realisiert werden, sorgt die Hauptstadtregion Schweiz für optimale Rahmenbedingungen für die Bundesbetriebe.

Der Status als Hauptstadt zeigt sich dadurch, dass die SRG das Wahlstudio zu den Nationalratswahlen 2015 erstmals seit ihrem Bestehen im Bundeshaus eingerichtet hat. Damit hat die Stadt Bern mit ihrer Überzeugungsarbeit mehr erreicht, als sie noch vor wenigen Jahren erwarten durfte. Vor diesem Hintergrund verzichtet die Stadt Bern auf ein weiteres Lobbying zugunsten eines eigentlichen Hauptstadtstudios und wirkt darauf hin, dass das Wahlstudio zu den nationalen Wahlen zu einer festen Einrichtung wird. In dieser Legislatur haben zudem drei neue Verbände ihren Sitz in die Stadt Bern verlegt, unter anderem der Schweizerische Gemeindeverband.

Mit verschiedenen Kooperationen, Massnahmen und Projekten konnte die Bedeutung der Hauptstadt immer wieder sichtbar gemacht werden, so etwa mit der Aktion «Jeder Rappen zählt», mit dem Projekt Politexchange oder dem CAS Public Affairs & Lobbying. Alleine oder zusammen mit der Hauptstadtregion Schweiz stösst die Stadt Bern damit Ideen an, die vielfach von Dritten aufgenommen und umgesetzt werden.

Schliesslich setzt sich der Gemeinderat für den Fortbestand des Politforums Käfigturm ein, welches im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 des Bundes geschlossen werden soll. Gemeinsam mit anderen Partnern arbeitet die Stadt nun daran, eine neue Trägerschaft zu schaffen und den Fortbestand damit zu sichern.

**Regionale
Zusammenarbeit
verstärken**

Ziel	
Die Zusammenarbeit auf regionaler und kantonaler Ebene wird verstärkt und das gegenseitige Verständnis wird gefördert.	
Prioritäre Massnahme	Stand Juni 2016
Eine kantonale Städteachse zur besseren Vertretung urbaner Anliegen wird aufgebaut.	✓

Die Zusammenarbeit der Stadt Bern mit ihren regionalen und kantonalen Partnern ist nicht immer einfach. Allerdings zeigte eine Erhebung 2015 bei Entscheidungsträgern aus Kernagglomeration, Region und Kanton, dass die Zusammenarbeit auf regionaler, kantonaler und nationaler Ebene durchaus sinnvoll und von allen Partnern erwünscht ist. So wurde die kantonalberrnische Städteallianz – vertreten sind die Stadtpräsidien der sechs grössten Städte im Kanton Bern – 2013 initiiert; sie erlaubt es, urbane Anliegen auf kantonaler – oder ausnahmsweise auch nationaler – Ebene gemeinsam anzugehen. Der formelle und informelle Austausch zwischen den Stadtpräsidien beziehungsweise deren Verwaltungen ist vielfältig und hilfreich, gerade auch wenn die Interessenlagen nicht identisch sind (beispielsweise Thema Fachhochschulstandort). Die Städteallianz ist aus Sicht der Stadt Bern wünschenswert, da spezifisch städtische Anliegen im kantonalen Kontext nur so gestärkt werden können.

Auch ein gemeinsames Auftreten der Kernagglomeration Bern stärkt die Stadt Bern und die ganze Region. Deshalb sucht die Stadt Bern aktiv und regelmässig den Kontakt mit den Nachbargemeinden. Im «Boccia-Club» pflegen die Gemeindepräsidien der Kernagglomeration einen regelmäßigen Austausch und legen so den Grundstein für weitere Zusammenarbeit. Diese erfolgt vielfach über gemeinsame Projekte, so etwa beim Lobbying für die Realisierung des Bypass-Projekts zwischen Wankdorf und Muri. Hier setzt sich die Stadt Bern zusammen mit dem Kanton Bern, der Regionalkonferenz Bern-Mittelland sowie der Gemeinde Muri dafür ein, dass der Bund im Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) genügend Mittel zur Engpassbeseitigung auf Nationalstrassen einstellt. Durch solche gemeinsamen Projekte kann sich die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und weiteren politischen Institutionen weiter etablieren.

Im Rahmen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) leistet die Stadt Bern ihren Beitrag, damit sich die Region positionieren kann. Der erfolgreiche Abschluss der Kulturverträge 2016 - 2019 war das wohl wichtigste Projekt der Legislatur und hatte Signalwirkung gegen innen und aussen. Die ursprüngliche Idee, im Rahmen der RKBM eine «Konferenz Soziales» einzuführen, wurde anfangs Legislatur zurückgestellt. Von Seiten der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF laufen jedoch Bestrebungen, dass die Altersplanungen auch in Zukunft in den Regionen erarbeitet werden. Angedacht ist dafür der Abschluss von Leistungsverträgen mit den Regionen.

Neben den bereits bewährten Gefässen, den Treffen mit den Stadtberner Grossratsmitgliedern oder den Vertretungen der eidgenössischen Räte finden Gespräche mit den kantonalen Fraktions- und Parteipräsidien wie auch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kultur und Wirtschaft eher zufällig beziehungsweise projektbezogen statt.

Urbane Interessen vertreten

Ziel	
Urbane Interessen werden auf nationaler Ebene verstärkt wahrgenommen und berücksichtigt.	
Prioritäre Massnahme	Stand Juni 2016
Die Stadt Bern übernimmt in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eine Leadfunktion in ausgewählten Politikbereichen.	✓

Die Mitarbeit im Vorstand des Schweizerischen Städteverbands (SSV) sowie in den Fachorganisationen, Kommissionen und Sektionen erlaubt es der Stadt Bern, ihre Interessen auch auf nationaler Ebene einfließen zu lassen. Gemeinsam mit dem SSV setzt sie sich dafür ein, dass urbane Anliegen in der nationalen Politik Gehör finden. Stadtberner Themen stossen schweizweit öfter auf grosses Interesse (z.B. Nachlebenkonzept).

Wie bereits erwähnt, trifft sich der Gemeinderat zudem zweimal pro Jahr mit den kantonalbernischen Mitgliedern der eidgenössischen Räte. Es werden Geschäfte der anstehenden Session diskutiert, welche für die Stadt Bern von grosser Relevanz sind.

International vernetzen

Ziel	
Die Stadt Bern ist international vernetzt.	
Prioritäre Massnahme	Stand Juni 2016
Vier internationale Kooperationen sind realisiert.	Ziel teilweise erreicht

Eine bessere internationale Vernetzung wurde auf verschiedenen Ebenen angestrebt, so etwa mit den Bern ansässigen internationalen Organisationen zum Eisenbahnverkehr (OTIF, CIT) oder mit Städten aus aller Welt (z. B. Tiflis, Sofia) oder Delegationen zu speziellen Themen (z. B. nigerianische Wahlkommission oder bhutanesischer Bundesrichter). Gerade der Austausch zwischen Städten zu verschiedensten Themen wie Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Bildung oder Drogenthematik führt immer wieder zu weiterführenden Kooperationen. Daneben gibt es projektbezogene Kooperationen wie etwa mit Costa Rica anlässlich des 150-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen Costa Rica und der Schweiz oder mit Deutschland 2016 anlässlich der ersten schweizerisch-deutschen Welterbetage. Weiter hat der Gemeinderat einer Zusammenarbeit im Bereich Umwelt und Energie mit drei chilenischen Städten zugestimmt. Die Zusammenarbeit mit den drei chilenischen Städten wurde anlässlich eines Staatsbesuchs von Bundesrätin Doris Leuthard unterzeichnet.

Auch für die internationalen Schulen hat sich die Stadt Bern in der vergangenen Legislatur eingesetzt. Der Grosse Rat hat im November 2014 einen Kredit für den Neubau der International School of Berne in Gümligen gesprochen. Die Bauarbeiten haben im August 2015 begonnen und werden bis im Frühjahr 2017 dauern.

4 Bern als Zentrum für Arbeit und Bildung

Arbeitsplatz- wachstum ermöglichen

Ziel	
Die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze werden geschaffen.	
Prioritäre Massnahme	Stand Juni 2016
Die Stadt fördert Massnahmen und Projekte zur raschen und nachhaltigen Integration von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Über das Teillohnprojekt zur beruflichen Integration von Langzeitarbeitslosen ist entschieden.	✓

Mit der Annahme der neuen Überbauungsordnung für das Inselareal im Mai 2015 durch die Stimmberechtigten wurden wichtige Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Inselareals und somit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geschaffen. Zusammen mit der Hauptstadtregion Schweiz und dem Kanton unterstützt die Stadt Bern die Insel bei ihren Bemühungen, Bern als nationales Herzzentrum zu etablieren.

In der Legislatur konnten SBB und Die Post ihre Konzernsitzzele ins neue Wirtschaftsviertel WankdorfCity verlegen. Mit der Zustimmung der Stimmberechtigten zur Weiterentwicklung von WankdorfCity ist der Weg für eine Überbauung mit Hotel, Läden und Wohnungen geebnet. In Zukunft wird in WankdorfCity nicht nur gearbeitet, sondern auch gewohnt.

Das Gebiet Bollwerk/Schützenmatte ist für die Stadtentwicklung ebenfalls von grosser Bedeutung. In der laufenden Legislatur hat die Stadt gemeinsam mit verschiedenen Interessengruppen, Fachleuten und der Bevölkerung zahlreiche Möglichkeiten für eine zukünftige Nutzung geprüft. Aktuell ist ein Nutzungskonzept mit einer multifunktionalen Nutzung in Erarbeitung. In diesem Zusammenhang ist eine Verlegung der Parkplätze ins Neufeld inklusive eine Aufwertung des Car-Terminals angedacht.

In der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration der Stadt Bern 2014-2017 sind die Schwerpunkte und Massnahmen für die berufliche Integration von Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und Migrantinnen und Migranten festgelegt. Die Massnahmen befinden sich in der Umsetzung und sind insgesamt auf Kurs. Das Teillohnprojekt «jobtimal.ch» ist eine der Massnahmen, mit welcher kostensparend auf das Phänomen der Sockelarbeitslosigkeit reagiert werden kann. Das Projekt wurde von der Stadt Bern gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelt, im Rahmen eines Pilotversuchs eingeführt und ist seit 2016 ein Regelangebot. Dieses wird vom Kanton finanziert. Im April 2016 hat der Gemeinderat entschieden, die Anstrengungen bei der Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (VA) in den Arbeitsmarkt zu intensivieren. Geplant sind zusätzliche Arbeitsintegrationsprogramme, die Förderung von Grundkompetenzen und der vermehrte Einbezug von Freiwilligen in die Flüchtlingsarbeit. Der Stadtrat wird im Herbst 2016 über einen Kredit von 1,9 Millionen Franken entscheiden.

**Bildung und
Betreuung
sicherstellen**

Ziel	
Das Angebot an Bildung und Betreuung in der Vor- und Schulzeit ist bedarfsgerecht und von hoher Qualität.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Die Frühförderung ist etabliert und bedarfsgerecht ausgebaut.	✓
Die Basisstufe ist weiter ausgebaut.	✓

Die Stadt Bern verfügt über ein gut ausgebautes, flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder zwischen 0 und 16 Jahren. In dieser Legislatur wurde das System der Betreuungsgutscheine in der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgreich eingeführt. Das Platzangebot der Kitas ist massiv ausgebaut, die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen ist deutlich besser geworden. Eine E-Government-Lösung zum Erfassen, Bearbeiten und Verwalten aller Unterlagen im Zusammenhang mit den Betreuungsgutscheinen wird voraussichtlich im Frühjahr 2017 online gehen. Die städtischen Kitas beteiligen sich am Qualitätslabel QualiKita des Verbandes Kibesuisse. Im August 2016 startete ein Pilotprojekt zur Integration von Kindern mit Behinderungen in Kitas, bei welchem eine Abgeltung des erhöhten Betreuungsbedarfs und die fachliche Unterstützung des Kitapersonals sichergestellt sind. Ebenfalls in den Vorschulbereich gehört die Frühförderung: «primano» verhilft den Kindern dazu, dass sie gesund, lernbereit und mit guten Startchancen in die Schule eintreten. Primano konnte in dieser Legislatur bedarfsgerecht in allen Stadtteilen ausgebaut werden und wird ab 2017 – Budgetentscheid des Stadtrats vorbehalten – zum gesamtstädtischen Regelangebot. In der Legislaturperiode wurde zudem das Pilotprojekt Bildungslandschaft Bern-West (neu futurina) lanciert. Dabei werden formale, nonformale und informelle Bildungsangebote vernetzt und der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen erhöht.

Weiter besteht ein Rechtsanspruch auf eine Tagesschulbetreuung. In der Stadt Bern werden an allen Schulstandorten Tagesschulstrukturen angeboten. Dieses attraktive Angebot erfreut sich einer steigenden Nachfrage. Zudem konnte das Angebot für die Kinderbetreuung während den Schulferien wesentlich verbessert werden. Die Stadt Bern hat den Anspruch auf einen Ferieninselplatz eingeführt. Das ist ein wichtiger Schritt zu besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ende Juni 2016 hat der Gemeinderat einen Pilot für eine Ganztageschule beschlossen.

Die Basisstufe wird schrittweise eingeführt. In Betrieb sind Basisstufen an den Schulstandorten Bümpliz, Breitfeld/Wankdorf und Hochfeld. Im Sommer 2016 wurden im neuen Schulhaus Brünnen weitere vier Basisstufen eröffnet. Ende Legislatur werden in der Stadt Bern insgesamt zwölf Basisstufen aktiv sein (4 Brünnen, 2 Bümpliz, 2 Hochfeld, 4 Breitfeld/Wankdorf).

Ebenfalls in diese Legislatur fällt die Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen Bildungsstrategie. Sie beschreibt die Stadtberner Volksschule im Jahr 2025 und basiert auf der Überzeugung, wonach Bildung nicht alleine in der Schule stattfindet. Zum anderen beschreibt sie vier Kernanliegen: Die Berner Volksschulen sind integrativ, es sind Lern- und Lebensorte, sie sind einfach organisiert und verfügen über zeitgerechte Infrastrukturen.

Aufgrund des Bevölkerungswachstums platzen die Stadtberner Schulen aus allen Nähten. Die Bereitstellung von genügend zeitgemäsem und funktionalem Schulraum stellt eine grosse Herausforderung dar. Zur Bewältigung dieser Herausforderung wurden verschiedene Massnahmen ergriffen: Der Zeithorizont für die Schülerinnen- und Schülerprognosen wird auf 15 Jahre ausgedehnt, für sämtliche Schulanlagen werden Potenzialanalysen erstellt, die personellen Ressourcen in der Schulraumplanung verstärkt und die Prozesse der Schulraumplanung neu konzipiert. In dieser Legislatur konnten verschiedene Bau- und Sanierungsprojekte fertiggestellt werden, so zum Beispiel das neue Schulhaus Brünnen, Modulbauten im Marzili, auf der Munzingerwiese und im Wyssloch). Zudem wurden in Volksabstimmungen Baukredite für Sanierungen der Volksschulen Manuel, Stapfenacher, Lorraine und Wankdorf in der Höhe von insgesamt rund 95 Mio. Franken gesprochen.

Stadtverwaltung modernisieren

Ziel	
Die Stadtverwaltung wird als moderne Verwaltung wahrgenommen.	
Prioritäre Massnahmen	Stand Juni 2016
Das E-Government ist ausgebaut und der Internet-Auftritt kundennah modernisiert.	✓
Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den Quartierorganisationen ist optimiert.	✓

Die Stadtverwaltung wurde in diese Legislatur in verschiedenen Bereichen modernisiert und ist somit kundenfreundlicher geworden. Der neue Internetauftritt, der Ende 2015 aufgeschaltet wurde, kann nun auch auf Tablet und Smartphones genutzt werden, und die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen wurde verbessert. Weiter stehen verschiedene E-Government-Projekte kurz vor dem Abschluss. Neben der Beantragung der Betreuungsgutscheine können auch die Parkkarten in absehbarer Zeit online bestellt und bezahlt werden. Geplant ist weiter, dass die Bevölkerung bei Umzügen innerhalb der Stadt Bern ihre Adressänderung künftig online abwickeln kann.

Als wichtige Arbeitgeberin bietet die Stadt Bern zeitgemässe Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Im Konkurrenzkampf um gute Mitarbeitende richtet die Stadtverwaltung den Fokus in ihrer Personalpolitik auf die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen. Die Stadt kann sich denn auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als führende Arbeitgeberin positionieren, wie eine von der Fachstelle UND durchgeführte Betriebsdatenanalyse belegt. Auch die interne Mitarbeiterbefragung, die diese Legislatur durchgeführt wurde, zeichnet die Stadtverwaltung als positive und insbesondere fortschrittliche Arbeitgeberin aus.

Der Gemeinderat hat sich das Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den Quartierorganisationen zu optimieren. Bei verschiedenen Partizipationsprojekten im Rahmen von Zwischennutzungen (z.B. Warmbächliweg) sowie bei der Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungskonzepts oder des Nutzungskonzepts zur Schützenmatte konnte die Beteiligung der Bevölkerung bei städtischen Projekten und Vorhaben gelebt werden. Mit der Schaffung eines Jugendparlaments erhält die Stadt Bern ein weiteres Beteiligungsgefäss, durch welches die junge Berner Bevölkerung Einfluss in die Politik nehmen kann. Zudem hat der Gemeinderat eine Arbeitshilfe zum Thema Partizipation erlassen. Sie soll städtischen Mitarbeitenden das komplexe Thema möglichst prägnant vermitteln und ihnen bei der anspruchsvollen partizipativen Arbeit Unterstützung bieten. Die Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen hat sich in dieser Legislatur weiter bewährt. Die Zustimmung zur Vorlage zur Aufstockung der Subventionen an die anerkannten Quartierorganisationen hat zudem gezeigt, dass die Stadtbernerinnen und Stadtberner die Quartierorganisationen als Stimme der Stadtteile anerkennen und deren Stärkung und Professionalisierung begrüßen.

Impressum

Herausgeber:
Gemeinderat der Stadt Bern

Druck:
Logistik Stadt Bern

Bildnachweis

Fotograf:
Caspar Martig